Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25.Januar 2022

Traktandenliste

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler
2. Protokoll der MV vom 25. Oktober 2021
3. Wahlempfehlung Regierungsrat
4. Abstimmungen vom 13. Februar 2022
   - ▶ Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot»
   - ▶ Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»
   - ▶ Referendum «Bundesgesetz über die Stempelabgaben»
   - ▶ Referendum «Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien»
5. Bericht aus der Fraktion
6. Verschiedenes und Umfrage

Anwesende Mitglieder (27):
Sirnach (15):
Kurt Egger, Simon Vogel, Barbara Imholz, Andreas Schmidt, Tobias Egloff, Priska Steiger, Erika Hanhart, Didi Feuerle, Stephan Wyss, Walter Kehl, Matthias Kreier, Simon Weilenmann, Bernhard Braun, Jost Rüegg, Toni Kappeler.

online (12):
Heidi Heine, Karin Bétrisey, Sibylle Stör, Brigitta Hartmann, Franz Portmann, Isabelle Vonlanthen, Sven Blum, Simone Reinhart, Claudia Stahel, Ina Schelling, Cornelia Hauser, Peter Dransfeld.

Entschuldigt:
Cornelia Wetzel, Walter Lang, Hannes Stricker (hat im Vorfeld seine Stimme per Brief abgegeben), Brigitta Engeli, Ueli Keller, Gaby Zimmermann, Sandra Reinhart, Mathis Müller, Gina Rüetschi, Peter Heri.

Gast: Dominik Diezi

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler

Kurt begrüsst die Anwesenden, insbesondere unseren Gast Dominik Diezi. Simon Vogel ist an diesem Abend für die Technik zuständig, ihm gebührt ein besonderer Dank.

Als Stimmenzähler werden Jost Rüegg für die im Saal Anwesenden und Simon Vogel für die Zoom-Teilnehmer*innen bestimmt.

2. Protokoll der MV vom 25. Oktober 2021

Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25. Oktober 2021 ist in Ordnung, Änderungen werden nicht gewünscht.

3. Wahlempfehlung Regierungsrat

Vorstellung und Entscheid über Wahlempfehlung: Regierungsrats-Kandidat Dominik Diezi

Dominik Diezi stellt sich und seinen privaten, politischen und beruflichen Werdegang vor. Ebenso seine Einstellung zu verschiedenen Themen und seine Ziele als zukünftiger Regierungsrat.

Ihm werde oft vorgeworfen, diese Wahl sei eine Reise im Schlafwagen. Wenn er aber die ganzen Termine anschaue, die er seit Anfang Januar wahrgenommen habe und wo er sich überall vorstellen durfte, könne man das nicht wirklich behaupten.

Auf die Frage, welches Departement er sich wünschen würde, antwortet er: er würde selbstverständlich jedes Departement übernehmen, nur die Justiz habe er als Jurist nun schon zu lange gemacht, das am wenigsten gerne.

Jost beschreibt Dominik als einen hervorragenden Politiker und "guten Typ", der sowohl charakterlich als auch intelligenzmässig herausragend sei. Für ihn ist er eine sehr gute Wahl und er empfiehlt ihn uns wärmstens. So erstaunt es nicht, dass die GRÜNEN folgende Wahlparole fassen:

Wahlempfehlung für Dominik Diezi als Regierungsrat: **20 JA, 0 NEIN, 1 Enthaltungen ➡ JA-Parole**

4. Abstimmungen vom 13. Februar 2022

▶ Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot»

Informationen von Kurt Egger

Die Tierversuchsverbotsinitiative verlangt ein bedingungsloses Verbot von Tierversuchen sowie von Forschung am Menschen unabhängig vom Schweregrad. Was auf den ersten Blick unterstützenswert aussieht, schiesst übers Ziel hinaus: So wären z.B. auch fürs Tierwohl unbedenkliche Beobachtungsstudien verboten.

Ein undifferenziertes Verbot von Tierversuchen hätte gravierende Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in der Schweiz. Die Versorgung mit Arzneimitteln, Impfstoffen und wichtigen Medizinprodukten, wie z.B. Krebsmedikamenten, wäre stark eingeschränkt.

Die GRÜNEN haben sich im Parlament für einen Gegenvorschlag eingesetzt. Der Grundsatz der Tierversuchsforschung muss sein: so weit wie möglich ersetzen, verringern und verbessern.

Andreas merkt an, dass damit auch Versuche und Beobachtungen, die dem Tierwohl dienen, nicht mehr möglich seien.

Jost und Stefan kündigen dennoch an, JA zustimmen, damit die Initiative nicht haushoch abgelehnt werde. So passiere dann wenigstens etwas, ein taktischer Entscheid.

Erika gibt zu bedenken, dass damit nicht nur die Entwicklung von z.B. Krebsmedikamenten, sondern auch deren Import unmöglich werde.

Abstimmungsergebnis: 7 JA, 16 NEIN, 1 Enthaltung ➡ NEIN-Parole

▶ Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung»

Informationen von Kurt Egger

Die Initiative verlangt eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Jugendliche, die gar keine Tabakprodukte kaufen dürfen, sollen von den Tabakkonzernen auch nicht zum Rauchen verführt werden.

Der hohe Tabakkonsum ist ein wesentliches Problem für die öffentliche Gesundheit und die Umwelt: Der Tabakkonsum führt in der Schweiz zu fast 10'000 Todesfällen pro Jahr sowie zu jährlichen Kosten von 5,6 Milliarden Franken. Hinzu kommt, dass schätzungsweise nur ein Drittel aller Zigarettenstummel im Müll landen – der Rest landet in der Natur, wo sie Gewässer verschmutzen, Tiere vergiften und das Pflanzenwachstum hemmen.

Die GRÜNEN stehen klar hinter der Initiative. Der Gegenvorschlag ist eine reine Alibi-Übung: Werbung in Gratiszeitungen, an Festivals und in den sozialen Medien – also überall dort, wo Jugendliche besonders gut erreicht werden – wäre nämlich weiterhin erlaubt.

Die Vorlage ist bei uns unbestritten. Toni merkt noch an, dass die Gegner als Argument noch anbringen, es gäbe dann Ausfälle im Sponsoring von Spitzensport – das sei wirklich ein schlechter Witz.

Abstimmungsergebnis: 24 JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen ➡ JA-Parole

▶ Referendum «Bundesgesetz über die Stempelabgaben»

Informationen von Simon Vogel

Stempelabgaben sind Steuern, die auf die Ausgabe und den Handel mit Wertschriften erhoben werden. Die Abschaffung der Stempelsteuer ist ein Steuergeschenk an Grosskonzerne, das beim Bund zu Einbussen in Millionenhöhe führt.

Die Bürgerlichen verfolgen eine Salamitaktik: Auf die Abschaffung der Stempelsteuer, folgt die Abschaffung der Industriezölle und bald der Verrechnungssteuer. Es ist kein Ende der Steuersenkungsgelüste für Grosskonzerne in Sicht.

Es ist aber gerade jetzt wichtig, dass der Bund genügend Mittel hat für eine ambitionierte Klimapolitik: Allein die Erträge aus der Emissionsabgabe – derjenige Teil der Stempelsteuer, der bei der Ausgabe von Wertpapieren anfällt – würden beispielsweise ausreichen, um jedes Jahr 16'000 Einfamilienhäuser mit einer Photovoltaikanlage auszurüsten und so zusätzliche 30'000 Haushalte mit erneuerbarem Strom zu versorgen.

Der Entscheid über diese Vorlage ist für uns einfach, eine weitere Diskussion benötigen wir nicht.

Abstimmungsergebnis: 0 JA, 26 NEIN, 0 Enthaltungen ➡ NEIN-Parole

▶ Referendum «Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien»

Informationen von Jost Rüegg

Die Medien kämpfen ums Überleben: Die Werbeeinnahmen der Printmedien gehen immer stärker zurück oder fliessen an Facebook und Google ab. Die Einnahmen aus der Leser*innenschaft und Werbeeinnahmen reichen nicht aus.

Unabhängige, starke und vielfältige Medien sind eine unabdingbare Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie: Sie garantieren, dass wir uns über Geschehnisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft informieren können, tragen zur Meinungsbildung bei und erlauben gleichzeitig die Aufdeckung von Missständen.

Das Gesetz garantiert die Medienvielfalt in der Schweiz: Es unterstützt die kleineren, lokalen Medienhäuser stärker als die grossen und garantiert so, dass die lokale Berichterstattung nicht verschwindet.

Das Gesetz unterstützt die Medien in Zeiten des Umbruchs: Die Medien müssen sich neu orientieren und dem digitalen Wandel anpassen. Für diesen Prozess sollen die Medien eine befristete, finanziellen Anschubhilfe erhalten.

Obwohl im Nationalrat eine Mehrheit der Bürgerlichen für das Gesetz war, wurde aus den eigenen Reihen das Referendum ergriffen, eigentlich ein Armutszeugnis. Dieses Gesetz gelte für sieben Jahre, danach wird neu entschieden. Jost empfiehlt uns ein Ja zu der Vorlage.

Brieflich merkte Hannes Stricker an, er vertraue der Thurgauer Zeitung schon lange nicht mehr.

Simon merkt noch an, er habe lieber staatlich finanzierte Medien, als welche, die ihr Geld von der Wirtschaft oder Unbekannten erhalten.

Abstimmungsergebnis: 24 JA, 1 NEIN, 0 Enthaltungen ➧ JA-Parole

5. Bericht aus der Fraktion

Informationen von Didi Feuerle

Gina tritt demnächst aus dem Kantonsrat zurück, da sie in den Kanton Zürich zügelt. Für sie wird Erika Hanhart aus Matzingen nachrücken.

Im Kantonsrat wurde eine Steuersenkung nicht nur um 5% sondern sogar um 8% beschlossen. Die GRÜNEN halten das für eine Katastrophe und sehr kurzsichtig. Dem Kanton gehen so viele Gelder verloren, die wiederum an anderer Stelle eingespart werden müssen. Noch schüttet die Nationalbank hohe Gewinne aus, sobald das aber nicht mehr der Fall sein wird, haben wir ein echtes Problem.

Ausserdem seien die Abschaffung der Liegenschafts- und Handänderungssteuer im Gespräch.

Man kann nun auch die Sitzungen des Grossen Rates im Livestream am PC verfolgen. Das sei manchmal sehr amüsant, manchmal aber auch extrem langweilig. Einfach mal ausprobieren, es könnte sich lohnen.

Das Öffentlichkeitsgesetz, bei dem die GRÜNEN Mitinitianten waren, kommt nun in die zweite Lesung und sollte demnächst abgesegnet werden. Jost Rüegg war der Präsident der vorbereitenden Kommission und konnte für die GRÜNEN Punkte sammeln.

6. Verschiedenes und Umfrage

Bei der **Unterschriften-Sammlung** für das Frontex-Referendum waren die Thurgauer GRÜNEN ausnahmsweise schweizweit mal ganz vorne mit dabei. Bei anderen Sammlungen sieht und sah es leider nicht so gut aus.
Andreas Schmidt fragt, wo man erfahren könne, ob man selber eine Initiative oder ein Referendum bereits unterschrieben habe. Das sollte man bei der Gemeinde erfragen können, die führen Buch über die beglaubigten Unterschriften. Jost meint, man solle einfach nochmals unterschreiben. Die Bussenandrohungen für doppelte Unterschriften seien nicht gerechtfertigt. Einige Votanten sind da anderer Meinung.
Anmerkung: Artikel 282 StGB Wahlfälschung Wahlfälschung und
https://www.aargauerzeitung.ch/aargau/freiamt/freispruch-fur-lehrer-der-volksinitiativen-mehrfach-unterschrieb-ld.1748817

Die GRÜNEN Thurgau bereiten eine **kantonale Initiative** zum Thema Förderung des Biolandbaus vor. Nähere Informationen gibt es dann an der nächsten Mitgliederversammlung und im Sommer folgt dann die offizielle Beschlussfassung.

Wir bereiten einen **Flyer gegen Schottergärten** vor. Dieser soll nachher den Orts- und Bezirksparteien für Werbung zur Verfügung stehen.

Eine **Anpassung unserer Statuten** wird von einer Arbeitsgruppe aus dem Vorstand behandelt werden. Die neuen Statuten müssen dann noch an einer Mitgliederversammlung genehmigt werden.

Jost merkt zu **Steuersenkungen** der SVP noch etwas an: Da Bundesrat Maurer der Ansicht ist, dass weniger Steuern schlussendlich mehr Steuereinnahmen generieren, sollte die SVP doch auf Steuersenkungen verzichten, sonst sei noch mehr Geld für Sachen da, die der SVP nicht in den Kram passen.

keine weiteren Voten

21.20h Ende der Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung: 21. April 2022 im Bezirk Arbon

Barbara Imholz, 26.1.2022